

Bündnis 90/Die Grünen

Wahlprüfsteine des DJV M-V zur Landtagswahl 2021 Mecklenburg-Vorpommern

1. Thema Presse- bzw. Medienfreiheit

1 a)

Welche Bedeutung messen Sie der Pressefreiheit bei?

Antwort: Die Pressefreiheit ist ein zentraler Grundpfeiler unserer Demokratie und ihr gilt damit unser uneingeschränkter Schutz. Den zunehmenden Bedrohungen und Übergriffen auf Journalist*innen, sowohl im Netz, als auch auf der Straße, treten wir entschieden entgegen.

1 b)

Durch welche Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit ungehindert ausüben können?

Antwort:

Um das Ziel zu erreichen, die Freiheit der Berichterstattung zu wahren und gleichzeitig umfassende Sicherheit für alle Medienschaffenden zu gewährleisten, sind mehr Ressourcen und auch neue Schutzkonzepte notwendig. Hier sind die öffentlichen Stellen, insbesondere die Sicherheitsbehörden, in der Pflicht.

Wir wollen die ungehinderte Berufsausübung für Journalist*innen gewährleisten, indem wir u.a. den Datenschutz stärken und unsere Sicherheitsorgane einer wirksamen Kontrolle unterziehen. Ein*e unabhängige*r Polizeibeauftragte*r, an die sich nicht nur Polizeibeamt*innen, sondern auch alle Bürger*innen und Journalist*innen mit Hinweisen und Beschwerden wenden können, sowie eine Reform der Aus- und Fortbildung der Landespolizei sollen zur Rechtskonformität der Arbeit der Polizei beitragen. Eine mit den notwendigen personellen Ressourcen und Vollmachten ausgestattete Behörde der*des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit soll die Einhaltung datenschutzrechtlicher Regeln im staatlichen Handeln effektiv durchsetzen.

Durch eine bedarfsgerechte Ausstattung für Polizeibeamt*innen und genügend Neueinstellungen wollen wir die Landespolizei in die Lage versetzen, Behinderungen und Bedrohungen für die journalistische Arbeit effektiv zu bekämpfen. Auch in der Justiz braucht es einen Aufwuchs an Ressourcen, um Straftaten gegen Journalist*innen zügig und umfassend aufzuklären und zu verhandeln.

1 c) Neuerdings schränken Gesetze wie das Sicherheits- und Ordnungsgesetz die Medienfreiheit ein, weil der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und damit der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr ausreichend garantiert sind. Würden Sie das Gesetz in dieser Hinsicht ändern? (Zum Hintergrund bitte HIER klicken). Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Antwort: Zum Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblowern wollen wir Ausnahmen vom Berufsgeheimnisschutz einem generellen Richtervorbehalt unterwerfen. Die Quellen-TKÜ und den Einsatz von Staatstrojanern wollen wir abschaffen.

2. Thema Auskunftspflicht

Bei Kommunen, Bürgermeistern, Ministerien – kurzum öffentlichen Einrichtungen - gibt es eine Auskunftspflicht gegenüber Medienvertretern. Doch wird sie nicht immer eingehalten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Journalisten zu ihrem Recht kommen?

Antwort: Wir streben eine umfassende Stärkung der Compliance und der Transparenz in der öffentlichen Verwaltung an. So wollen wir ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild, öffentliche Ausschussberatungen. Zudem ist es unser Ziel, dass jede Verordnung und Verwaltungsvorschrift digital, kosten- und barrierefrei veröffentlicht wird. Die Durchsetzbarkeit der presserechtlichen Auskunftspflicht wollen wir durch eine von der Landesregierung unabhängige sowie auskömmlich finanzierte und personell gut aufgestellte Justiz fördern.

3. Thema Landespressegesetz

Das Landespressegesetz stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem hat sich im Medienbereich enorm viel getan. Auch zur inneren Pressefreiheit gibt es moderne Vorstellungen. Wie wollen Sie das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode den Erfordernissen anpassen?

Antwort: Die BÜNDNISGRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern planen aktuell keine Novellierung des Landespressegesetzes. Die kommende Landtagsfraktion wird sich jedoch intensiv mit dem Landespressegesetz befassen und bei Bedarf konkrete Verbesserungsvorschläge entwickeln. Über konkrete Hinweise und Anregungen Ihrerseits freuen wir uns.

4. Thema Tariftreue

In der M-V Medienlandschaft ist Tariftreue die Ausnahme. Wie wollen Sie die Tarifbindung in dieser Branche stärken und dafür sorgen, dass auch Freiberufler gebührend entlohnt werden?

Antwort: Die Tarif- und Vertragsfreiheit ist ein hohes Gut. Gleichzeitig wollen wir Anreize für die Einhaltung umfassender sozialer Mindeststandards setzen, auch im Mediensektor. Daher wollen wir die Vergabe von Fördermitteln stets an die Einhaltung sozialer Standards knüpfen. Auch setzen wir uns für starke Gewerkschaften ein, nur mit ihnen ist eine durchsetzungsstarke Stimme für die Vertretung der Arbeitnehmer*innen-Interessen im Mediensektor garantiert.

5. Thema Medienkompetenz

Informationen kommen in vielen Gewändern und auf vielen Kanälen daher. Nicht immer basieren sie auf Fakten und solider Recherche. Und nicht immer können Menschen zwischen verlässlichen Informationen und Fake News unterscheiden.

Stichwort Medienkompetenz: Wie wollen Sie diese stärken?

Antwort: Die Entwicklung von Medienkompetenz ist eine Kernaufgabe unseres Bildungswesens - von KiTas, Schulen und Hochschulen über Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen bis zur Erwachsenenbildung. Konkret wollen wir bestehende öffentliche Strukturen des lebenslangen Lernens wie Volkshochschulen und öffentliche Bibliotheken finanziell stärken, ebenso kleinere Träger der Demokratie- und Medienbildung. Wir wollen Medienbildung fest in der Lehramtsaus- und -fortbildung verankern und auf diesem Wege sowohl die Vorbildfunktion der Lehrkräfte in Bezug auf Medienkompetenz als auch deren medienpädagogisches Repertoire fördern. Mit Hilfe von regionalen Medienkompetenzzentren wollen wir den Lehrkräften außerdem Material und Unterstützung für effektive Medienpädagogik an die Hand geben. Medienbildung muss zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Unterrichtspläne werden.

Darüber hinaus möchten wir das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz ausbauen und die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung und der Regionalzentren für Demokratie und Toleranz im Sinne der Prävention antidemokratischer Entwicklungen und der Befähigung zur Gegenwehr weiterentwickeln.

6. Thema Medienvielfalt

6 a)

Welchen Stellenwert hat Medienvielfalt für Sie?

Antwort: Medienvielfalt ist unabdingbare Voraussetzung für die freie Willensbildung in unserer Gesellschaft. Für uns BÜNDNISGRÜNE drückt sich Medienvielfalt in einem Nebeneinander verschiedenster medialer Formate und Eigentumsformen aus.

6 b)

Wie wollen Sie den Medienstandort M-V so stärken, dass sich in allen Regionen des Landes mehr Medienvielfalt entwickeln kann?

Antwort: Die Medienvielfalt wollen wir durch eine nachhaltige Finanzierung freier, nicht-kommerzieller Initiativen fördern. Die strukturelle Verstärkung der Kultur- und Medienförderung aus Ministeriumsmitteln ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Für den ländlichen Raum wollen wir ein Extra-Budget einrichten.

7. Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Welche Bedeutung hat für Sie der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung und wie wollen Sie die Finanzierung sichern?

Antwort: Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk und zur Gebührenfinanzierung als Mittel zur Absicherung seiner Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme. Einer moderaten Anpassung der Rundfunkbeiträge im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerungen stehen wir nicht im Wege.